



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/167

21. Juli 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Das Beispiel Berlin	
- für den westdeutschen Kampf gegen die KP -	S.1
Schweden ist dem Kreml zu stark	
(Bericht aus Stockholm)	S.3
Anwanderungsdilettanten	S.4
Die Arbeit des Bundestages in Zahlen	S.5

Das Beispiel Berlin

sp. Berlin ist im Kampf um die Verteidigung der deutschen Demokratie seit langem in die "Klasse für Fortgeschrittene" aufgerückt - im Gegensatz zu Westdeutschland, das sich in dieser Hinsicht, aus wenig überzeugenden Gründen, noch immer im Anfangsstadium befindet. Das gilt vor allem für die Bedrohung durch den kommunistischen Totalitarismus. Das Geheimnis des Berliner Erfolges liegt gewiss nicht allein in der besonderen Situation der Stadt. Es beruht vor allem in der Anwendung der Erkenntnis, dass man in kritischen Situationen rechtzeitig zur Gegenaktion schreiten muss. Und es hat einen anderen Grund in der Verantwortung, die jeder einzelne Berliner für das Schicksal seiner Stadt fühlt, und auch zu tragen bereit ist. Die Beherztheit seiner Bevölkerung hat Berlin für die Kommunisten zu einem heisseren Pflaster gemacht, als jede andere westliche Hauptstadt. Die kürzlichen Vorfälle bewiesen es erneut.

Anlässlich einer kommunistischen Unterschriftensammlung zur "Ächtung der Atombombe" - im Grunde der einfache Versuch, die Bevölkerung über die eigene sowjetisch-kommunistische Aufrüstung hinwegzutäuschen - kam es in West-Berlin zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Westberlinern und den demonstrierenden Kommunisten aus dem Ostsektor. Die Westberliner griffen mit sehr drastischen und wirksamen Mitteln, die allein von den Propheten der totalitären Gewalt verstanden werden, zur Selbsthilfe. Die Polizei musste zum Schutz der kommunistischen Demon-

stranten einschreiten, rund 1.500 von ihnen wurden in Haft genommen, ein grosser Teil durch Westberliner Schnellgerichte abgeurteilt. Dabei warteten die Berliner Behörden nicht etwa auf besondere Paragraphen zum Schutze der Demokratie, sondern handelten im Rahmen der ihnen gesetzlich gegebenen Möglichkeiten: sie wandten die einschlägigen Bestimmungen über das Verbot von östlich lizenzierten Druckschriften in Westberlin an, die auch in Westdeutschland Gültigkeit haben.

Die westdeutschen Behörden könnten von dieser kräftigen Reaktion zweifelsohne lernen. Niemand sollte sagen, die Gefahr Berlins sei grösser (und damit westdeutsche Passivität bei der Bekämpfung des Kommunismus zu entschuldigen versuchen), während gleichzeitig prominente und weniger prominente kommunistische Agenten das politische und öffentliche Leben Westdeutschlands zu durchsetzen bestrebt sind. Es ist bezeichnend, dass wohl keiner der Sowjetzoneninhaber in Westberlin aufzutreten versucht, dass aber selbst Hauptschuldige am kommunistischen Terror-Regime in der Sowjetzone in Westdeutschland öffentlich sprechen - mit der zynischen Begründung, "in Westdeutschland herrsche doch Demokratie".

Man darf sich künftig auch in Westdeutschland nicht mehr von den bolschewistischen Emissären und Agenten, den Matern, Buchwitz, Dedek u.a. auf der Nase herumtanzen lassen. Alle diese Burschen gehen mit der Parole hausieren: Bald sind wir da! Sie versuchen, durch sie gewisse psychologische Lähmungserscheinungen bei politisch schwächlichen Naturen hervorzurufen und zu privaten "Rückversicherungsverträgen" zu veranlassen, durch die Hergabe der Unterschrift für irgend welche kommunistisch infiltrierten Vereine, durch Geldspenden oder den Beitritt zur KP. Innere Festigkeit gegenüber den Sirenenklängen der Nationalen Front und kommunistische Einschüchterungen ist gewiss gut. Aber bisweilen muss sie durch eine handfeste Willensbekundung nach Art des Berliner Beispiels ergänzt werden. Sie würde auch am besten mit der Vorstellung von der als Schwäche ausgelegten unerschöpflichen demokratischen Geduld aufräumen.

- - -

Schweden ist dem Kreml zu stark
Von unserem Skandinavien-Korrespondenten

KRK, Stockholm, im Juli

Die russische Armeezeitung "Krasnaja Svesda" hat dieser Tage die schwedische Außen- und Militärpolitik heftig angegriffen. Sie schreibt ausführlich "über den Kampf des schwedischen Volkes für den Frieden und gegen die Interessen der herrschenden Imperialisten". Wenn Schweden wirklich eine allianzfreie Politik verfolge, müsse diese logischer Weise zu einer Verminderung der Rüstungen führen. Das schwedische Verteidigungsbudget sei im Gegenteil mit jedem Jahre erhöht worden, und die vorbereitenden militärischen Maßnahmen, für die reaktionäre militärische Kreise verantwortlich seien, richteten sich gegen Osten. Gleichzeitig seien diese Maßnahmen den militärischen Plänen der USA für Skandinavien angepasst. Die russische Zeitung "enthüllt" dann noch Details, die alle darauf hinauslaufen, zu beweisen, dass Schweden drauf und dran ist, die Geschäfte der "imperialistischen USA-Aggressoren" zu besorgen.

Worauf ist dieser hysterische Ausfall der russischen Armeezeitung zurückzuführen? Nun, der schwedische Ministerpräsident hat in den letzten Tagen einige Male zu verstehen gegeben, dass die schwedische Neutralitätspolitik keine Gleichgültigkeitspolitik ist. In Kopenhagen hat er als Parteivorsitzender auf einer Massenversammlung den Dank des freien Europa an die USA für die wirkungsvolle politische und militärische Hilfe ausgedrückt, die dieses freie Europa von den USA bekommt. Einige Tage später hat Erlander als Ministerpräsident deutlich erklärt, dass Schweden die Maßnahmen der Vereinten Nationen im Fall Korea begrüsst. Und eben jetzt hat er den Stockholmer Friedensappell der Kommunisten als Heuchelei gebrandmarkt und bedauert, dass der Name der schwedischen Hauptstadt für eine solche Aktion missbraucht werde.

Aber nicht so sehr diese Erklärungen Erlanders sind dem Kreml ein Dorn im Auge, als vielmehr die Tatsache, dass die schwedische Politik auf einer starken Verteidigungsmacht fußt. Diese Verteidigungsmacht, deren Erhaltung das schwedische Volk freilich schwer belastet, darf heute als die zweitstärkste Europas ausserhalb des Eisernen Vorhangs bezeichnet werden, und zwar zu Land und zur See. Schweden glaubt natürlich den Versicherungen der Sowjetunion, diese plane keinen Angriff. Dieser Glaube wird bestärkt dadurch, dass die Sowjetunion ja auch die Südkoreaner nicht angegriffen hat. Aber die Schweden meinen, dass es für die Südkoreaner besser gewesen wäre, der Verteidigung ein grösseres Augenmerk zuzuwenden. Wenn die russische Politik keine Angriffsabsichten

gegen Schweden hat, warum fühlt sie sich dann durch die schwedischen Rüstungen bedroht?

Schweden ist jetzt schon stärker gerüstet, als es die Atlantikpaktländer Dänemark und Norwegen zusammen nach vielen Jahren sein werden. Dass es sich seiner Haut würde wehren wollen, hat Erlander erklärt. Da s es sich seiner Haut würde wehren können, verdankt es seinen Rüstungen. Dass nicht England, sondern die Sowjetunion ob dieser Rüstungen Unbehagen empfindet, ist sicherlich nicht die Schuld Schwedens. Nach Ausbruch des Koreakrieges wird Schweden nur noch von der Rücksichtnahme auf Finnland davon abgehalten, seine Neutralitätspolitik zugunsten der kollektiven Sicherheit im Rahmen des Atlantikpaktes aufzugeben. Die "Krasnaja Svyesda" will Schweden neutral und schwach sehen. Das schwedische Volk will neutral und stark sein. Was kann nur die russische Politik dagegen haben?

- - -

Auswanderungs-Dilettanten

sp. Es scheint, als ob das Bundesflüchtlingsministerium zu wenig Aufgaben habe, so dass es sich um Dinge kümmern muss, von denen es besser die Hand lassen sollte. Dazu gehören Auswanderungsfragen.

Im April dieses Jahres ging eine AP-Meldung durch die deutsche Presse, wonach ein Sprecher des Flüchtlingsministeriums mitgeteilt habe, dass ein Gedenkenaustausch über die Auswanderungsmöglichkeit von 100.000 Donau-Schwaben nach Brasilien mit den zuständigen Stellen geführt werde. Dass diese Nachricht unter den in Deutschland vegetierenden Donau-Schwaben grosse Hoffnungen weckte, ist begreiflich. Als sich interessierte Stellen nach Bonn wandten, liess sich das Ministerium als Quelle dieser Nachricht verleugnen und verwies auf eine katholische Vereinigung in Hamburg. Von dieser Hamburger Stelle war dann zu erfahren, dass es sich um einen Plan zur Auswanderung von einigen hundert Familien handle, die in Österreich leben.

Eine zweite Angelegenheit: "Von gut unterrichteter Seite" in Bonn erfuhr die deutschgeschriebene kanadische Zeitung "Der Courier", dass sich die Bundesregierung um die Ansiedlung von 500.000 Volksdeutschen in Kanada bemühe. Als Autor des Planes wird Herr von Wilpert (in der Zeitung fälschlich als Flüchtlingsminister bezeichnet) genannt. Herr von Wilpert ist Pressechef des Bundesflüchtlingsministeriums. Auch an diesem Projekt

ist nichts wahr. Ganz abgesehen davon, dass Kanada gar nicht daran denkt, so viele Deutsche aufzunehmen, werden mit derartigen Meldungen auch die Versuche torpediert, im Rahmen des Möglichen Deutsche in Kanada anzusiedeln. Mit solchen Nachrichten wird lediglich der Eindruck erweckt, als wollten die Deutschen Kanada unterwandern und es werden den Stellen in Kanada Argumente in die Hand gespielt, die sich selbst gegen eine massige deutsche Einwanderung sträuben. Bei allen Anstrengungen sind in den letzten fünf Jahren nach Kanada insgesamt rund 10.000 Volksdeutsche ausgewandert; so schön diese Zahl an sich ist, so zeigt sie doch, wie relativ gering die Möglichkeiten sind.

In einem dritten Fall hat das Bundesflüchtlingsministerium dem Auswanderungsschwindler Trautmann, einem ehemaligen IRO-Beamten, der von Zürich aus deutschen Auswanderungslustigen einen blauen, alle Schwierigkeiten aus dem Weg räumenden Ausweis versprach, dazu verholfen, den bayerischen Rundfunk und zahlreiche westdeutsche Zeitungen seinem Schwindelunternehmen dienstbar zu machen. Wer sollte auch an einem Unternehmen zweifeln, dem das Flüchtlingsministerium bestätigt, dass es ein internationales Auswanderungsbüro sei? Sobald die zur Zeit noch laufenden Untersuchungen abgeschlossen sind, wird sich herausstellen, dass es sich um einen der grössten Auswanderungsschwindel der letzten Jahre handelt. Die Schadenssumme steht noch nicht fest, sicher aber ist, dass das Bundesflüchtlingsministerium in arge Verlegenheit käme, würden die Geprellten diese Behörde ersatzpflichtig machen.

Leichtfertig, ohne Prüfung der Tatbestände und unbeschwert von Sachkenntnis hat das Flüchtlingsministerium in Auswanderungsfragen eine Pressepolitik betrieben, wie sie von einem ernstzunehmenden Amt nicht erwartet wird. Wurde es brenzlich, steckte man den Kopf in den Sand und wusste von nichts. Die Enttäuschung, die auf diese Weise bei den Auswanderungslustigen hervorgerufen wurde, buchte man auf dem Konto der sonstigen Enttäuschungen mit diesem Ministerium. In diesen drei Fällen aber handelte es sich um Enttäuschungen, die vermeidbar waren.

Die Arbeit des Bundestages in Zahlen

A.M. Die Bundesregierung und der Bundestag sind seit zehneinhalb Monaten, also seit 315 Tagen im Amt und die Zahl der Drucksachen des Deutschen Bundestages hat 1200 erreicht. Somit entfallen also auf jeden Tag vier Anträge. Das ist nahezu mehr, als der Bundestag erledigen kann.

Zur Zeit sind 58 Gesetzesvorlagen in Beratung. Davon hat die Regierung - wie nicht anders zu erwarten - die meisten, nämlich 23 eingebracht. An zweiter Stelle folgt die SPD mit zehn Gesetzesvorlagen.

Ferner sind zur Zeit 163 Anträge bei den Ausschüssen in Beratung. Die meisten Anträge - von diesen 163 allein 70 - werden von den Abgeordneten gestellt. Hier kann man drei Kategorien unterscheiden, die lokalbedingten aus den Wahlkreisen, die rein fachlichen und die allgemein politischen. Ausser den Abgeordneten stellen auch die Fraktionen Anträge und hier ist die kommunistische Fraktion an der Spitze, die die Gelegenheit ausnutzt und meist propagandistische Anträge stellt. Von den zur Zeit in Beratung befindlichen 163 Anträgen sind allein 18 von der KPD. An zweiter Stelle folgt das Zentrum mit 16, dann SPD und BP mit je 14 usw.

In den letzten sieben Vollversammlungen des Bundestages wurden 32 Gesetze verabschiedet. 29 Gesetzen hat der Bundesrat zugestimmt, drei gingen an den Vermittlungsausschuss. Mit der Zustimmung des Bundesrats hat das Gesetz die Legislative passiert, hat Gesetzeskraft und kann verkündet werden, wenn die 21-tägige Einspruchsfrist der Hohen Kommission abgelaufen ist. Wer bedenkt, welche Mühe erforderlich ist, ein Gesetz mit allen juristischen Sicherungen zu beraten und zu formalisieren, der wird nicht behaupten können, dass die deutsche Volkvertretung müssig ist. In den gleichen letzten sieben Vollversammlungen des Bundestages wurden ausser den 32 Gesetzen auch noch 54 Anträge erledigt.

Die Hauptarbeit freilich wird von den Ausschüssen geleistet. Von den Anträgen, die beim Bundestag eingehen, werden viele schon in den Ausschüssen erledigt. Seit Bestehen des Bundestags sind rund 5.000 Anträge beim Bundestag eingegangen. In den ersten sieben Monaten wurden 3715 Eingaben an die Ausschüsse verteilt, und zwar erhielt der Petitionsausschuss mit 1835 Eingaben allein 46,8 Prozent aller Eingaben. Da nach dem Grundgesetz jeder Deutsche das Recht hat, sich an den Bundestag zu wenden, wird der Petitionsausschuss, bei dem alle diese Post zusammenläuft, wohl stets am meisten zu tun haben. An zweiter Stelle folgt mit 426 Eingaben der Ausschuss für Beamtenrecht, an dritter Stelle mit 213 Eingaben der Ausschuss für Rechtswesen und Verfassungsrecht, dann mit 170 Eingaben der Ausschuss für Kriegsoffer und Kriegsgefangene, an fünfter Stelle kommt mit 150 Eingaben der Ausschuss für Sozialpolitik, mit 135 Eingaben der Ausschuss für den Lastenausgleich usw.

- - -